

**dowas**  
der Ort für Wohnungs-  
und Arbeitssuchende



dowas  
Jahresbericht

2013

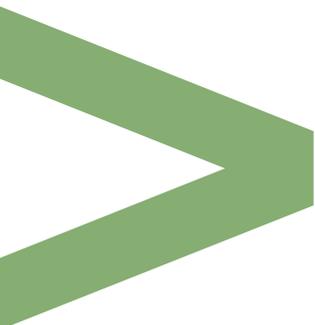
www.dowas.at  
6900 Bregenz, Merbodgasse 10  
Tel. 05574/90902  
Spenden: Sparkasse Bregenz  
Kto.: 0000-018036, BLZ 20601

## INHALT

- 1 Vorwort Jahresbericht 2013 (Vorsitzende)**
- 2 Geschäftsführung**
- 6 Von Spenden und Theater**
- 8 Betreutes Wohnen**
- 10 Ambulante Beratung (Mindestsicherung)**
- 12 Grundversorgung**
- 14 Betriebliche Sozialarbeit für integra**
- 15 integra**
- Innenseite Umschlag Kontakt**

### **Impressum**

**Herausgeber:** Verein dowas, 6900 Bregenz  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Michael Diettrich  
**Gestaltung:** Bertolini LDT, Bregenz  
**Druck:** Thurnher Druck, Rankweil



roswitha.steger@dowas.at

## VORWORT DER VORSITZENDEN

### **Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder und *dowas*-UnterstützerInnen!**

Europa befindet sich in einer schweren wirtschaftlichen und sozialen Krise und die hat auch nicht vor unserem Heimatland Vorarlberg Halt gemacht. Ihre Auswirkungen bekommt auch *dowas* in seiner täglichen Arbeit immer deutlicher zu spüren.

Insofern liegt ein sehr arbeitsreiches Jahr hinter uns und wir sagen allen Dank, die uns mit viel Engagement unterstützt haben. Dank vor allem an unsere MitarbeiterInnen, die mit ihrer hohen Fachlichkeit und ihrem Einsatz dazu beitragen, denjenigen Menschen ihre schwierige Lebenssituation zu erleichtern, die nicht auf der „Butterseite“ des Lebens stehen. Wie schwierig die Lebenssituation für viele VorarlbergInnen mittlerweile geworden ist, davon spricht der im zurückliegende Jahr endlich vorgelegte Armutsbericht des Landes Bände! Hintergrund und Auslöser sind unter anderem die immer stärker steigende Arbeitslosigkeit, teils zu geringe Löhne, viel zu teure Mieten, hohe Lebenshaltungskosten – aber ganz offensichtlich auch fehlende ganztägige Kinderbetreuungsplätze, die es z.B. der besonders armutsgefährdeten Gruppe der AlleinerzieherInnen erschwert, arbeiten zu gehen und selbst für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. In Summe ist die schlechte wirtschaftliche Lage für die von *dowas* betreuten Menschen immer weniger zu verkraften.

Zurück zur Arbeit des Vereins *dowas*: Auch der Vorstand hat einiges voran gebracht! Die lange geplante Gründung eines Beirates wurde tatsächlich umgesetzt. Der neue Beirat wird zwei Mal im Jahr tagen und dem Vorstand, der Geschäftsführung und den MitarbeiterInnen mit seinem Know How zur Seite stehen.

Noch eine große Veränderung ist gelungen, die schon auf der letztjährigen Generalversammlung diskutiert und angekündigt wurde: Die Verschmelzung *integra* und *Werkzeit* zu *integra Vorarlberg*. Somit ergibt sich auf diesem Weg auch eine neue Partnerschaft von *dowas* mit der *Arbeiterkammer*, die wir sehr begrüßen. *Dowas* wird auch bei diesem neuen Unternehmen die Sozialarbeit übernehmen, was von allen GesellschafterInnen der neuen *integra Vorarlberg* ausdrücklich begrüßt wurde.

Es gibt aber noch weitere Vorhaben, mit denen Kräfte gebündelt werden sollen: Mit dem *AFFRA* führen wir derzeit Gespräche, ob die beiden Vereine sich nicht künftig zusammenschließen sollten.

Und ein neues Haus für die verschiedenen Arbeitsbereiche des *dowas* ist ebenfalls ein aktuelles Thema – allerdings gibt es da noch einigen Klärungsbedarf.

Herzlich danken wollen wir auch Franz Riedmann, der nach fast vierjähriger engagierter Tätigkeit als Vorsitzender sein Amt kurz vor dem ohnehin geplanten Ende seiner Amtsperiode niedergelegt hat und aus dem Vorstand ausgeschieden ist. Ebenso Dank an unseren Geschäftsführer Michael Diettrich, der in schwierigen gesellschaftlichen Zeiten nicht nur das *dowas* auf Kurs hält, sondern mit seinem Engagement bei der *Vorarlberger Armutskonferenz* auch wichtige Impulse für die Armutsbekämpfung im Lande geleistet hat.

Danke auch an alle unsere UnterstützerInnen – verbunden mit der Bitte, uns auch weiterhin gewogen zu bleiben.

Roswitha Steger  
Vorsitzende

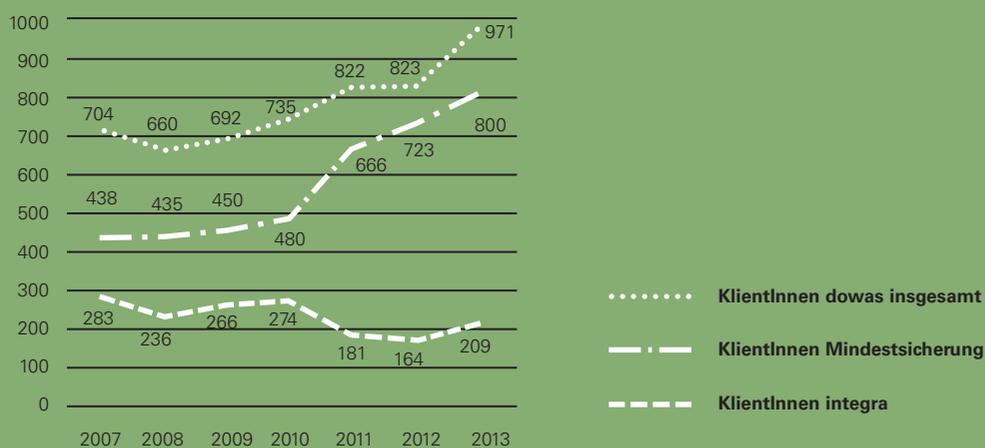


# GESCHÄFTSFÜHRUNG

## Erneut Rekordzahlen – europäische Armut wird auch in Bregenz sichtbar

Sowohl im Bereich der Mindestsicherungsleistungen, als auch bei den Sozialberatungen im Auftrag von *integra* nahm die Zahl der KlientInnen zu, so dass *dowas* im Jahr 2013 mit insgesamt 971 betreuten KlientInnen (18 % mehr als 2012) **erneut einen Höchststand** zu verzeichnen hatte. Kann man bei den Sozialberatungen für TransitmitarbeiterInnen von *integra* von einer durchaus nicht ungewöhnlichen Schwankung sprechen, so ist der **Wachstumstrend bei den über die Mindestsicherung betreuten KlientInnen** seit Jahren sehr stabil: 2013 waren es 10,7 % mehr als im Vorjahr, über **die letzten fünf Jahren betrachtet betrug die Zunahme gar 78 %**.

Entwicklung der KlientInnenzahlen 2007 bis 2013



Auch der überdurchschnittliche Zuwachs an **weiblichen Klienten** hält an (plus 26 % insgesamt und plus 16,4 % im Bereich der Mindestsicherung). Dies korrespondiert mit den Ergebnissen des im Mai 2013 veröffentlichten Armutsberichtes der Landesregierung, der ein **hohes Armutsrisiko von Frauen** ausweist. Dem Bericht zufolge sind bspw. 63 % der Alleinerziehenden armutsgefährdet. Am stärksten bemerkbar macht sich diese Entwicklung in unserer **Beratungsstelle**, wo mittlerweile knapp **41 % der KlientInnen Frauen** sind, darunter viele Alleinerziehende und Mütter aus Familien mit mehr als zwei Kindern, deren Armutsgefährdung laut Armutsbericht ebenfalls über dem Durchschnitt liegt.

Besonders bei den Frauen aus größeren Familien steht die schwierige soziale Lage häufig in Verbindung mit einem weiteren Risikofaktor, der laut Armutsbericht bundesweit eine bedeutsame Rolle spielt, in Vorarlberg aber nur unterdurchschnittlich zum Tragen kommen soll: die **migrantische Herkunft der Betroffenen**. Völlig abweichend vom Armutsbericht spielt diese bei der Klientel von *dowas* eine sehr bedeutende Rolle: Knapp **45 % unserer KlientInnen im Bereich der Mindestsicherung sind keine österreichischen StaatsbürgerInnen** und stammen aus 43 verschiedenen Nationen, sind staatenlos oder uns unbekannter Herkunft. Man könnte durchaus zu dem Schluss kommen, dass *dowas* in die Fußstapfen der seinerzeit geschlossenen AusländerInnenberatungsstellen getreten ist. In jedem Fall haben sich unsere MitarbeiterInnen verstärkt im Fremdenrecht weitergebildet.

Es gibt allerdings unterschiedliche Gründe für diese Situation. Einer davon: Nachdem vor einigen Jahren die **Betreuung anerkannter Konventionsflüchtlinge** von der Flüchtlingshilfe auf das sog. „Regelsystem“ übertragen wurde, stieg die Zahl der Konventionsflüchtlinge bei *dowas* sprunghaft auf nunmehr 81 (10,1 %) im Bereich der Mindestsicherung. Ein Großteil davon sind russische StaatsbürgerInnen, sprich TschetschenInnen, die heute mit 67 (8,4 %) die zweitgrößte Nationalitätengruppe nach den ÖsterreicherInnen (436 bzw. knapp 55 %) darstellen (gefolgt von TürkinInnen mit 49 bzw. 6,1 % und Deutschen mit 48 bzw. 6,0 %). Gerade bei **TschetschenInnen** handelt es sich oft **um Familien mit mehreren bzw. vielen Kindern**, wodurch vor allem Schwierigkeiten bei der Suche nach einer geeigneten Wohnung im Mittelpunkt der Betreuung stehen. Sprachprobleme sind bei dieser Gruppe weniger zu beobachten (vor allem bei den Frauen nicht), oft ist auch die Ausbildung besser als bei anderen Migrationsgruppen – wengleich viele entweder keine Arbeit haben oder unter ihrer Qualifikation beschäftigt sind. In etlichen dieser Familien sind psychische Probleme zu beobachten, die aus den Erlebnissen vor oder während der Flucht aus ihrem Heimatland resultieren.

von *dowas* betreute KlientInnen (Mindestsicherung & *integra*)

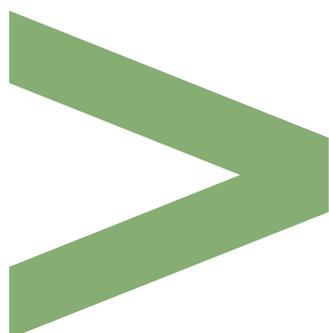
	Anzahl		Veränderung
	2013	2012	in %
<b>von <i>dowas</i> betreute KlientInnen insgesamt</b>	<b>921</b>	823	18,8%
<b>davon männlich</b>	<b>636</b>	557	14,2%
<b>davon weiblich</b>	<b>335</b>	266	25,9%
<b>über Mindestsicherung betreute KlientInnen</b>	<b>800</b>	723	10,7%
<b>davon männlich</b>	<b>545</b>	504	8,1%
<b>davon weiblich</b>	<b>255</b>	219	16,4%
<b>über <i>integra</i> betreute KlientInnen</b>	<b>209</b>	164	27,4%
<b>davon männlich</b>	<b>118</b>	93	26,9%
<b>davon weiblich</b>	<b>91</b>	71	28,2%

Ein weiterer Grund für den hohen Anteil nichtösterreichischer StaatsbürgerInnen ist in der **gestiegenen Armutswanderung in Europa** zu suchen. Vor allem die **Grundversorgung mit Notschlafstelle und Treffpunkt** ist davon betroffen und teilweise auch überfordert, während in der Beratungsstelle nahezu ausschließlich Menschen betreut werden, die sich schon länger in Vorarlberg aufhalten (mit oder ohne Daueraufenthaltsrecht). In der Notschlafstelle sind gar nur noch 38,7 % (86) der KlientInnen österreichische StaatsbürgerInnen, die allerdings 57 % der Leistungen in Anspruch nehmen. Gut 49 % der NotschlafstellenklientInnen haben kein Daueraufenthaltsrecht in Österreich und damit auch prinzipiell keinen Anspruch auf Leistungen der Mindestsicherung. Sie bekommen deshalb auch nur in Ausnahmefällen von der Bezirkshauptmannschaft eine Bewilligung, länger als nur kurzfristig (mehr als 4 Nächte) in der Notschlafstelle zu bleiben.

Wir beobachten eine steigende Zahl von Menschen, die versuchen, der hoffnungslosen Armut in ihrem Heimatland zu entkommen, und dann z.B. ohne Aussicht auf Arbeit und Bleiberecht in Bregenz stranden. Darunter befinden sich in der Tat auch **RumänInnen**, die mit 15,3 % (34 Menschen) letztes Jahr in der Notschlafstelle die zweitgrößte Nationalitätengruppe nach den ÖsterreicherInnen bildeten. Im Durchschnitt blieben sie drei Nächte und nahmen 4 % aller Übernachtungen in Anspruch. Es ist m.E. **wirklichkeitsfremd** und **scheinheilig**, diese europäische Armutswanderung nahezu ausschließlich **mit dem Focus auf angeblich kriminell organisierte „rumänische Bettlerbanden“** zu betrachten. Ohne Frage dürfte es schwer möglich sein, als Habenichtsauf sich allein gestellt und völlig unorganisiert von Rumänien nach Bregenz zu gelangen. Ebenso wahrscheinlich ist es, dass es etliche Menschen gibt, die mit dieser Situation auch Geld verdienen, z.B. indem sie die Fahrten organisieren und sich bezahlen lassen. Dennoch dürfte es übertrieben sein, die Mafia dahinter zu vermuten. Ob die scheinbar gestiegenen Einbruchszahlen, die zu Zeiten meiner Immigration nach Vorarlberg (vor 15 Jahren) eher sog. „randständigen (einheimischen) Personengruppen“ zugeschrieben wurden, nach dem EU-Beitritt Polens dann polnischen Banden, nun wirklich auf das Konto „rumänischer Bettlerbanden“ gehen, ist aus meiner Sicht mit großen Fragezeichen zu versehen. Statistisch belegt ist hingegen, dass zunehmende Eigentumsdelikte mit steigender sozialer Ungleichheit einhergehen.

**Hauptverantwortlich für die zu beobachtende Armutswanderung** ist eine europäische Politik, deren vordringlichstes Anliegen es war, den **Kapital- und Güterverkehr so weit zu liberalisieren**, dass man ohne Hemmnisse seine Geschäfte dort tätigen kann, wo sie am meisten Profit abwerfen. Über die **sozialen Folgewirkungen** haben sich die verantwortlichen PolitikerInnen kaum Gedanken gemacht und auch darauf verzichtet, **EU-weit geltende soziale Standards** verbindlich einzuführen. Heute steht man nun erschrocken vor der Tatsache, dass es nicht nur Kapital, sondern auch arme Menschen über die Grenzen zieht, dorthin, wo sich der aus der Marktliberalisierung resultierende Wohlstand anhäuft. Klagen aus Österreich sind allerdings besonders scheinheilig: Erstens hat vor allem Österreich in der Hoffnung auf neue Exportmärkte stark für die Osterweiterung der EU plädiert und zweitens hat die österreichische Wirtschaft von der Osterweiterung tatsächlich kräftig profitiert. Dass davon bei den unteren bis mittleren sozialen Schichten in Österreich nicht viel ankam, steht auf einem anderen Blatt und dürfte auch weniger mit der EU und ihrer Personenfreizügigkeit, als mit der österreichischen Politik selbst zu tun haben.

Und drittens profitiert Österreich, aber auch Vorarlberg, grundsätzlich von der Zuwanderung: Von den zum Stichtag 01.01.2014 in Österreich lebenden 46.289 RumänInnen waren 65 % berufstätig, z.B. in der Pflege, in der Gastronomie oder auf dem Bau. Lediglich 2.618 bekamen Transferleistungen. Laut einer Studie der EU-Kommission vom Oktober 2013 lag der Anteil arbeitsloser EU-MigrantInnen unionsweit bei 0,7 bis 1 %. Das dürfte auch für die österreichischen Sozialkassen ein eher profitables Geschäft sein. Beispiel *dowas*: Im Jahr 2013 haben (unter Berücksichtigung der Deckelungen für diverse Leistungsarten) alle KlientInnen, die kein Daueraufenthaltsrecht hatten, das Land Vorarlberg insgesamt nicht mehr als rund € 40.000 für bei *dowas* in Anspruch genommene Leistungen gekostet!



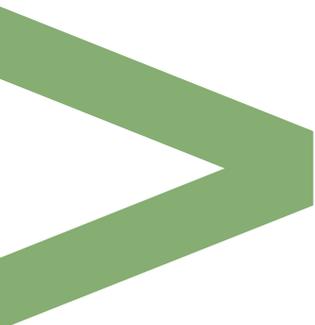


Man wird sich daran gewöhnen müssen, dass mit der Arbeitsmigration auch eine verhältnismäßig kleine Gruppe von armen Menschen zu uns kommt, die schlecht ausgebildet ist, keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt hat und in der Not Unterstützung braucht. Derzeit weigern sich (nicht nur) in Vorarlberg sowohl Politik, als auch Öffentlichkeit, dieser Realität ins Auge zu blicken, und gefallen sich darin, die Rosinen aus dem Kuchen zu picken: steigende Exporte – Ja, ausländische Fachkräfte – ebenfalls Ja. Aber bitte keine Armen und Flüchtlinge – das würde den österreichischen Steuerzahler überfordern. Es sei der Hinweis erlaubt, dass Vorarlberg insgesamt so viele Flüchtlinge aufnimmt, wie in Italien in einem einzigen Boot ankommen.

Die einen behelfen sich mit mehr oder weniger windigen Notkonstruktionen, um die Situation zumindest nach außen hin in den Griff zu bekommen. Andere schielen nach den Zeiten, in denen zu Sonnenuntergang noch die Stadttore geschlossen wurden. **Die Sozialinstitutionen, die mit der Realität konfrontiert und vielfach auch überfordert sind, werden so im Stich gelassen.** Letztlich wird in der öffentlichen Debatte mit den fadenscheinigsten Begründungen nur eines beklagt: Dass die **internationale/europäische Armut nun auch im wohlhabenden Vorarlberg sichtbar wird.** Solange die EU sich nicht auch als eine soziale Union versteht, wird sich daran nichts ändern.

Abschließend noch eine ganz persönliche Anmerkung: Kürzlich sah ich in *Vorarlberg Heute* einen Beitrag zum Thema „rumänische Bettlerbanden“. Darin beschwerte sich eine junge Frau darüber, dass „die Bettler“ zunehmend „aggressiv“ vorgehen. Als Beispiel nannte sie, dass „die Bettler“ nun schon mit Plastikbechern umhergingen und Geld sammelten. Das Beispiel erinnerte mich an eine Reise nach Lissabon während meiner Studienzeit, auf der mir das Geld ausgegangen war. Da es damals noch keine Bankomaten gab, erbettelte ich mir in Lissabon das Geld für meine Rückfahrt – in einem Pappbecher. Ich sehe heute noch den jungen Schweizer vor mir, der 20 Schweizer Franken in meinen Becher legte. Und ich bin ihm immer noch dankbar, denn mit seinem Geld kam ich damals wieder nach Hause. Dieses Erlebnis dürfte mit ein Grund dafür sein, dass mich **Armut mehr stört, als Bettler.**

Michael Dietrich  
Geschäftsführer



## VON SPENDEN UND WAS DARAUS WURDE

Für zwei großzügige Spenden im Jahr 2013 danken wir dem **Lions-Club Bregenz** und der **evangelischen Pfarrgemeinde Bregenz**. Stellvertretend für eine ganze Reihe kleinerer Geldspenden gilt unser Dank **Lydia Obrist, Wolfgang Bösch, Peter Niedermair, Markus Domenig, Werner Fetz** und **Gertrud Rüstig**. Ein Beispiel dafür, was wir mit den Spenden der vergangenen Jahre angefangen haben, illustriert der nachfolgende Beitrag.

### ALLES THEATER

#### ***dowas* macht Kabarett der anderen Art**

Da war kürzlich jemand, der auf der Straße zu mir sagte: „*dowas*?! Das sind doch die Besoffenen mit den Nylonsäcken in der Kaiserstraße! Das sind doch alles gestrandete Persönlichkeiten, die mit uns, der Gesellschaft, schon längst abgeschlossen haben, oder? Und jetzt machen die ein Kabarett? Die bringen eh nix auf die Reihe – da ist doch Hopfen und Malz verloren!“

Ich antwortete ihm: „Verloren?! Wer hat nicht schon mal etwas verloren? Die Banken haben das Vertrauen der Menschen verloren und mancher Nachbar seine Unschuld. Ich persönlich hatte sogar schon einmal einen verlorenen Tag. Es ist doch nichts Außergewöhnliches, dass man etwas verliert.“

Und dachte mir: Wenn wir nichts verlieren würden, dann wäre ja alles schon vorbei, alles schon voll, dann hätte nichts Neues mehr Platz. Etwas zu verlieren kann auch etwas Gutes haben, ein Geschenk und ein Glück sein! Dann ist auch wieder Platz, Platz für Neues – auch für die mit den Nylonsäcken in der Kaiserstraße.

Genau das waren auch die Überlegungen, die einem Kabarettprojekt mit KlientInnen des *dowas* vorausgingen. „Gestrandete“ Persönlichkeiten machen ein Kabarett für „Gestrandete“ und „Nicht-Gestrandete“. Das wäre nicht nur etwas Neues für *dowas*, sondern ermöglichte auch neue Erfahrungen für die TeilnehmerInnen – z.B. Teilhabe, selbst organisiert von Ausgeschlossenen!

Alles begann im Herbst 2011, als ein Haufen Idealisten und Unikate sich darauf eingelassen hat, so ein gewagtes Projekt tatsächlich in Angriff zu nehmen – zunächst im Kleinen, nicht wissend, ob das überhaupt funktioniert. Und es funktionierte: In kürzester Zeit erarbeiteten die DarstellerInnen ein zwanzigminütiges gesellschaftskritisches Kabarettprogramm, das letztlich in der „Theaternacht in Bizau“ aufgeführt wurde und enormen Anklang fand. Sogar die Vorarlberger Nachrichten berichteten darüber – positiv, schon mal eine „neue“ Erfahrung für die „Ausgeschlossenen“.



Der Erfolg kam nur zustande, weil sich alle TeilnehmerInnen voll auf das Kabarett konzentrierten, dabei jeder jedem alles abverlangte und sich alle zugleich voll und ganz unterstützten. Die DarstellerInnen hätten nicht unterschiedlicher sein können. Aber die gegenseitige Toleranz und Wertschätzung, die sie füreinander entwickelten, setzte bei Auseinandersetzungen so viel Zuversicht und Kraft frei, dass erstaunlicherweise sogar persönliche Krisen bewältigt werden konnten, die nicht im Zusammenhang mit dem Kabarett standen. „Die gegenseitige Unterstützung in der Kabarettgruppe half mehr als manche Therapie“, meinte einer der DarstellerInnen.

Ähnliche Erfahrungen hatte *dowas* bei einem anderen, ebenso ungewöhnlichen und für manchen abstrusen Projekt gemacht: Im Vorjahr hatten wir KlientInnen nach Menorca „in Urlaub“ geschickt (s. Bericht im Jahresbericht 2012). Die TeilnehmerInnen berichteten ähnliches – und die ausgelösten persönlichen Veränderungen dauern bis heute an.

Auf Grund des überraschenden persönlichen und öffentlichen Erfolges der Kabarettgruppe erwuchs sowohl bei den teilnehmenden KlientInnen, als auch bei den begleitenden MitarbeiterInnen der Wunsch, weiterzumachen und ein umfangreicheres Kabarettprogramm zu entwickeln. Dieser Wunsch konnte durch das Sponsoring der Vorarlberger Kabarettistin **Maria Neuschmid** wirklich umgesetzt werden. An dieser Stelle herzlichen Dank für deine Unterstützung Maria, du hast uns das Projekt überhaupt erst möglich gemacht!

Nach einem Jahr Vorbereitungszeit trafen sich also im Herbst 2013 neuerlich die DarstellerInnen des ersten Versuchs sowie einige Neuinteressierte und erarbeiten seitdem ein neues, abendfüllendes Kabarettprogramm. Gesellschaftskritisch und politisch, zukunftssträchtig und alltäglich, tiefgründig und persönlich, vom Anfang bis zum Ende eine Eigenproduktion. Wir sind mit unserer Arbeit im Plan und zuversichtlich, dass wir bis Ende 2014 unser Programm fertig gestellt haben und zur Aufführung bringen werden.

Wenn Sie das interessiert: Lassen sie sich überraschen, denn dies wird sicherlich ein Abend der anderen Art. Es erwartet Sie ein Kabarett mit unerwarteten Inhalten und Pointen, ein unwiederholbarer Abend, der allen mit Sicherheit in Erinnerung bleiben wird. Sie werden ganz sicher von uns hören!

Projektleitung: Daniel Mikula und Natalie Levay



# BETREUTES WOHNEN

## Ambulant betreutes Wohnen (ABW) Betreuungsdauer weiter hoch – mehr schwierige Fälle

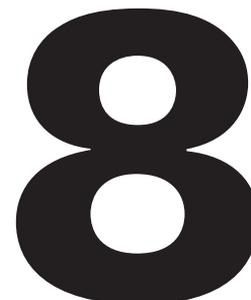
28 ambulante Wohnbetreuungen wurden von *dowas* im Jahr 2013 insgesamt durchgeführt – 1 weniger als im Vorjahr und die in der Notwohnung. Bei den Betreuungen mit längerfristiger Betreuungsperspektive (ABW/SNW) blieb die Zahl konstant.

Von den 23 **längerfristigen Wohnbetreuungen** wurden 8 abgeschlossen, 7 davon in eine eigene Wohnung, 1 in eine stationäre Therapie. Die durchschnittliche Betreuungsdauer der abgeschlossenen KlientInnen hat sich vom bereits hohen Stand des Vorjahres (696 Tage) weiter erhöht auf nunmehr 765 Tage. Im letzten Jahresbericht hatten wir schon darauf hingewiesen, dass dafür vor allem der Mangel an Wohnungen nach Abschluss der Betreuung verantwortlich ist. Dies gilt prinzipiell auch für das Jahr 2013. Exemplarisch erwähnt sei der Fall eines Klienten, der eineinhalb Jahre auf eine gemeinnützige Wohnung in Bregenz wartete, obwohl er das Kriterium Bedürftigkeit erfüllte und seit gut 15 Jahren in Bregenz ansässig war. Allerdings dürfte die erneute Steigerung des Betreuungszeitraumes heuer auch auf die Tatsache zurückzuführen sein, dass eine Reihe von sehr komplexen und schwierigen Fällen beendet wurde, die eine lange Wohnbetreuung erforderlich machten.

Aus den nackten Zahlen nicht ersichtlich ist eine Entwicklung, die sich immer deutlicher zeigt: Wir hatten 2013 ungefähr fünf **KlientInnen** in der ambulanten Wohnbetreuung, **für die es kaum eine Perspektive auf Verselbstständigung gibt**. Es waren dies Menschen in dauerhaft schlechtem Gesundheitszustand oder aber mit einer schwierigen Persönlichkeitsstruktur. Wir haben für diese KlientInnen in Absprache mit der Bezirkshauptmannschaft Bregenz individuelle Betreuungsszenarien entwickelt, die z.T. deutlich von den Standards unserer ambulanten Wohnbetreuung abweichen. Da gibt es die reine Notunterbringung im Winter für einen Schwerstalkoholiker, der grundsätzlich auf der Straße leben will und dessen Integration in eine gemeinnützige Wohnung bereits einmal gescheitert ist. Und es gibt die dauerhafte Wohnbetreuung für einen chronisch Kranken, der auf den täglichen Kontakt zur *dowas*-Grundversorgung angewiesen ist, weil er sonst vereinsamen und wohl auch verwahrlösen würde. Alle diese KlientInnen sind in Wohnungen im Haus der Grundversorgung oder aber in unmittelbarer Nähe untergebracht und erfordern einen intensiven Betreuungsaufwand für die Zeit der Wohnbetreuung, der sich perspektivisch kaum wird reduzieren lassen. Unter diesen Voraussetzungen ist es gelungen, diese Menschen zu stabilisieren. Eine Verbesserung der Situation ist allerdings nicht zu erwarten. Wir sind derzeit dabei, für diese Klientel ein spezielles Angebot zu entwickeln, das die gewonnenen Erfahrungen berücksichtigt.

### Statistik Ambulante Wohnbetreuung (Notwohnung, ABW/SNW)

	KlientInnen		Betreuungstage	
	2013	2012	2013	2012
<b>Wohnbetreuungen insgesamt</b>	<b>28</b>	29	<b>6.694</b>	6.856
davon für männliche Klienten	<b>24</b>	24	<b>5.938</b>	5.732
davon für weibliche Klientinnen	<b>4</b>	5	<b>756</b>	1.124
<b>Betreuungen nach Betreuungsform:</b>				
ABW/SNW (bis 3 Jahre Betreuungsperspektive)	<b>23</b>	23	<b>6.276</b>	6.337
Krisen- u. Notwohnung (3 Monate Betreuungsperspektive)	<b>5</b>	6	<b>418</b>	519
<b>Betreuungen nach Aufwand:</b>				
normale Intensität (durchschnittlich 4 Std./Woche)	<b>20</b>	20	<b>5.181</b>	5.319
erhöhte Intensität (durchschnittlich 8 Std./Woche)	<b>8</b>	9	<b>1.513</b>	1.537
<b>Durchschnittsalter in Jahren</b>	<b>38,2</b>	38,7		





### Sozialpädagogisches Intensivwohnprogramm (stationäre Wohngemeinschaft) Junge Klientel erfordert intensive Begleitung

Im Intensivwohnprogramm (Wohngemeinschaft) wurden 2013 genauso viele KlientInnen betreut wie im Vorjahr (13), davon 8 mit Bewährungsaufgaben bzw. Betreuung durch die Bewährungshilfe (Neustart). Allerdings ist die Zahl der Belegtage gesunken. Einen Hinweis auf die Gründe gibt die Statistik der Abschlüsse: Von den 9 abgeschlossenen KlientInnen wurden allein 4 in eine stationäre Suchttherapie weitervermittelt, 1 in die akute Wohnungslosigkeit. Wir hatten 2013 eine sehr schwierige Klientel im Intensivwohnprogramm, die nicht nur noch jünger als in den Vorjahren war, sondern auch für viel Wirbel und Fluktuation gesorgt hat. Auch dies ist eine Entwicklung, die wir seit geraumer Zeit beobachten. Die jungen Menschen brauchen eine intensive Begleitung auch im Alltag, z.B. um sie zu einer fachlich dringend erforderlichen Suchttherapie zu motivieren. Die Perspektive eines anschließenden selbständigen Wohnens ist in vielen solcher Fällen völlig verfehlt.

#### Statistik Intensivwohnprogramm (stationäre Wohngemeinschaft)

stationäre Aufenthalte	KlientInnen		Betreuungstage		durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Tagen	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012
<b>Aufenthalte insgesamt</b>	<b>13</b>	13	<b>1.740</b>	2.233	<b>133,8</b>	171,8
davon männliche Klienten	<b>13</b>	12	<b>1.740</b>	2.097	<b>133,8</b>	174,8
davon weibliche Klientinnen	<b>0</b>	1	<b>0</b>	136	<b>0</b>	136,0
davon KlientInnen mit Bewährungshilfe	<b>8</b>	8	<b>871</b>	1.109	<b>108,9</b>	<b>135,6</b>
<b>Durchschnittsalter in Jahren</b>	<b>24,9</b>	25,2				

von den 2013 abgeschlossenen KlientInnen	gingen in
stationäre Therapie	4
ambulante Wohnbetreuung	2
Wohnungslosigkeit	1
inoffizielles Mitwohnen	1
Saisonarbeit mit Zimmer	1

<b>Abschlüsse insgesamt</b>	<b>9</b>
davon vorzeitige Abbrüche	2

## AMBULANTE BERATUNG (MINDESTSICHERUNG)

### Zustrom von Ratsuchenden hält an – große Unterschiede zwischen Beratungsstelle und Grundversorgung

Wie seit einigen Jahren üblich ist die Zahl der KlientInnen, die im *dowas* Beratungen als Leistung der Mindestsicherung in Anspruch genommen haben, auch 2013 wieder gestiegen: 794 KlientInnen waren es 2013 und damit **gut 11 Prozent mehr als im Vorjahr**. In den letzten **5 Jahren hat sich die Zahl der KlientInnen sogar um 88 Prozent erhöht**. Es sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass wir nur die persönlich mit uns in Kontakt tretenden Personen zählen und nicht etwa auch mitbetroffene Familienangehörige (Kinder, PartnerInnen). Die Kinderzahl unserer KlientInnen wird z.B. von uns nur dann dokumentarisch erfasst, wenn sie für die Beratungsthematik relevant sind. Selbst mit dieser Einschränkung waren in 124 Beratungsfällen (15,6 %) 288 Kinder von der Armutsproblematik mitbetroffen, nahezu ausnahmslos bei KlientInnen der Beratungsstelle.

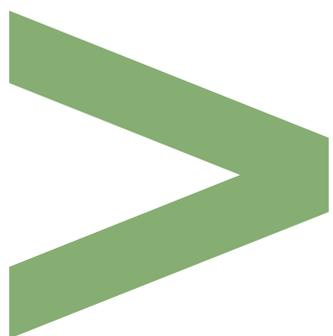
Auch die Zahl der Beratungsstunden ist mit 13,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr weiter gestiegen, wobei sich der **Trend zu mehr Kurzberatungen** (bis 10 Std. pro Quartal) bzw. Beratungen für KlientInnen ohne Daueraufenthaltsrecht fortgesetzt hat. Diese Leistungen, die mit dem Land nur bis zu einer festgesetzten Stundenzahl verrechnet werden können, machten vor 10 Jahren gut die Hälfte aller erbrachten Beratungsleistungen aus, 2013 waren es bereits zwei Drittel. Dieser Trend hängt zusammen mit der Entwicklung, dass gut ein Viertel der KlientInnen kein Daueraufenthaltsrecht besitzen.

Allerdings gibt es insgesamt große Unterschiede zwischen der Beratungsstelle und der niederschweligen Grundversorgung mit der Notschlafstelle, was darauf hinweist, dass sich die in den beiden Angebotsbereichen beratene Klientel deutlich unterscheidet.

In der **Beratungsstelle**, wo das Spektrum der Beratungsthemen den gesamten Bereich der Existenzsicherung umfasst und nicht nur die Behebung akuter Notlagen wie in der Grundversorgung, betrug der Zuwachs an KlientInnen gegenüber dem Vorjahr fast 9 Prozent. Der Zuwachs bei weiblichen Klienten war erneut stärker als bei den männlichen, so dass mittlerweile knapp **41 Prozent aller KlientInnen der Beratungsstelle weiblich** sind. Mit einem Zuwachs von gut 20 Prozent ist der Stundenaufwand deutlich stärker gestiegen als die Zahl der KlientInnen, was u.a. mit einer Reihe von sehr aufwändigen Delogierungsfällen zu tun hatte.

In der Beratungsstelle spiegeln sich sehr deutlich die allgemein zu beobachtenden Veränderungen in der Gruppe der Armutsgefährdeten, die auch dem Armutsbericht der Landesregierung zu entnehmen sind: Mehr Frauen, mehr Familien mit vielen Kindern, Beratungsthemen, die weit über das Thema Wohnungslosigkeit hinausgehen.

Im Unterschied zu den Ergebnissen des Armutsbericht spielen allerdings in der Beratungsstelle **armutsgefährdete MigrantInnen** eine erhebliche Rolle: Rund 40 Prozent sind nichtösterreichische StaatsbürgerInnen. Der größte Teil von ihnen (11,9 % Konventionsflüchtlinge und 10,4 % mit Daueraufenthaltsrecht) hat einen gesetzlichen Anspruch auf Leistungen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS). In diesem Kontext bemerkenswert ist der in den letzten Jahren sprunghaft gestiegene Anteil der (anerkannten) Konventionsflüchtlinge, die Unterstützung bei der Wohnungssuche oder im österreichischen Sozialsystem benötigen. Aber auch bei den gut 16 Prozent, die kein Daueraufenthaltsrecht und damit prinzipiell auch keinen Anspruch auf BMS-Leistungen haben, handelt es sich zu einem großen Teil um Menschen, die schon seit längerem in Österreich leben. Vielfach haben sie es versäumt, einen entsprechenden Antrag zu stellen, oder sie können die für den Antrag erforderlichen Unterlagen nicht mehr beibringen.





Ganz anders die Situation in der **niederschweligen Grundversorgung**, die auf die schnelle Behebung akuter Notlagen zielt: Zwar wächst auch hier im Gleichklang mit den Nächtigungen in der Notschlafstelle die Zahl der beratenen KlientInnen kontinuierlich, aber mit 4,7 Prozent gegenüber 2012 etwas geringer als in der Beratungsstelle. 81 Prozent der beratenen KlientInnen sind männlich. In der Grundversorgung konzentriert sich die **klassische Klientel der Wohnungslosenhilfe** mit einem bedeutsamen Unterschied zu früher: Das **Verhältnis von ÖsterreicherInnen zu NichtösterreicherInnen ist mittlerweile nahezu ausgeglichen** und 30 Prozent der KlientInnen besitzen kein Daueraufenthaltsrecht bzw. keinen Anspruch auf Mindestsicherung. In diesen Zahlen finden die aktuellen (internationalen) Armutswanderungen ihren Niederschlag (s. den folgenden Bericht über die Grundversorgung/Notschlafstelle).

In den **Betreuten Wohnformen** ist die Zahl der KlientInnen um 10 Prozent gestiegen, die der geleisteten Beratungsstunden hingegen nur um knapp 4 Prozent. Diese Veränderungen lassen jedoch keine aussagekräftigen Schlüsse zu, da sie in erster Linie von den Aufnahmen und Abgängen der ambulanten Wohnbetreuungen abhängig sind (Vorbereitungsgespräche bzw. vorübergehende Nachbetreuungen).

#### Statistik Ambulante Beratung (Mindestsicherung)

	KlientInnen			Beratungsstd.			Std./KlientIn		
	2013	2012	2011	2013	2012	2011	2013	2012	2011
<b>Beratungen <i>dowas</i> insgesamt*</b>	<b>794</b>	714	659	<b>5.123,5</b>	4.506,0	4.872,5	<b>6,5</b>	6,3	7,4
davon für männliche Klienten	<b>541</b>	496	465	<b>3.643,5</b>	3.138,5	3.391,0	<b>6,7</b>	6,3	7,3
davon für weibliche Klientinnen	<b>253</b>	218	194	<b>1.480,0</b>	1.367,5	1.481,5	<b>5,8</b>	6,3	7,6
<b>Beratungen nach Arbeitsbereichen</b>									
Beratungsstelle	<b>480</b>	441	400	<b>2.916,0</b>	2.420,0	2.747,5	<b>6,1</b>	5,5	6,9
Grundversorgung/Notschlafstelle	<b>447</b>	427	367	<b>1.798,0</b>	1.691,0	1.658,5	<b>4,0</b>	4,0	4,5
Betreute Wohnformen	<b>55</b>	50	61	<b>409,5</b>	395,0	466,5	<b>7,4</b>	7,9	7,6

\* ohne Beratungen für *integra*

## GRUNDVERSORGUNG

### Notschlafstelle

#### Wieder Rekordergebnis – internationale Armutsentwicklung findet Niederschlag auch in der Notschlafstelle von *dowas*

Die Zahl derjenigen, die in der **Notschlafstelle** übernachteten, hat 2013 erneut einen Rekordstand erreicht: 222 KlientInnen und damit gut 7 Prozent mehr als im Vorjahr. **Im Vergleich zu 2001 bedeutet das gar eine Verdoppelung.** 83 Prozent der KlientInnen waren männlich, insofern ist der Frauenanteil leicht gestiegen (von 13,5 % im Vorjahr auf 17 %). Die Anzahl der Nächtigungen hat 2013 mit 2.525 fast wieder den Stand von 2006 erreicht, nachdem sie bis 2010 kontinuierlich gesunken war und seitdem wieder im Steigen begriffen ist. Allerdings geht der Trend deutlich zu **immer kürzeren Aufenthalten**: 2013 waren gut 62 Prozent nicht länger als 4 Nächte in der Notschlafstelle, die durchschnittliche Aufenthaltsdauer betrug 11,4 Nächte.

Die gesunkene durchschnittliche Aufenthaltsdauer hat wesentlich mit einer ausgeprägten Veränderung der Klientel zu tun, die seit 2008 zu beobachten ist: **29 verschiedene Nationalitäten** tummelten sich 2013 in der Notschlafstelle, nur noch knapp 39 Prozent waren österreichische StaatsbürgerInnen. Die ÖsterreicherInnen nahmen allerdings mit einer überdurchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 17 Nächten mehr als die Hälfte der Leistungen in Anspruch (57,3 % der Nächtigungen). 49 Prozent der KlientInnen besaßen kein Daueraufenthaltsrecht in Österreich und hatten damit auch keinen Anspruch auf Leistungen der Mindestsicherung, wovon die Übernachtung in der Notschlafstelle eine ist. Zur Linderung akuter Notlagen wird ihnen vom Kostenträger nur eine sehr kurze Aufenthaltsdauer finanziert, so dass bei einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 7 Nächten auf sie auch nur 30 Prozent der Nächtigungen entfielen.

In der Tat haben sich rumänische StaatsbürgerInnen, die ja in der aktuellen öffentlichen Debatte immer wieder im Zusammenhang mit angeblich „kriminellen Bettlerbanden“ genannt werden, mit 34 Personen (15,3 %) zur zweistärksten Ländergruppe nach den ÖsterreicherInnen und vor den Deutschen (22 Personen bzw. 9,9 %) entwickelt. Mit einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 3 Nächten ist ihr Anteil an den in Anspruch genommenen Leistungen mit 4 Prozent aber minimal. Es ist augenscheinlich, **dass in unserer Notschlafstelle zunehmend mehr Menschen „stranden“, die sich in Österreich (vergeblich) eine Arbeit erhoffen und/oder ihrer Armut in ihrem Heimatland zu entkommen versuchen.** Dieses Phänomen lässt sich nicht nur auf die „armen“ Länder Südosteuropas begrenzen. Es betrifft auch „reiche“ Länder bzw. die Armen in diesen Ländern: Auch die Zahl deutscher StaatsbürgerInnen in der Notschlafstelle hat zugenommen, ganz zu schweigen von den österreichischen StaatsbürgerInnen, die ja nur prozentual, nicht aber in absoluten Zahlen weniger geworden sind. Vernachlässigbar ist in diesem Kontext lediglich die Zahl anerkannter Konventionsflüchtlinge in der Notschlafstelle, die vor allem in der Beratungsstelle eine große Rolle spielen. Letztlich erleben wir in unserer Notschlafstelle einen **Ausschnitt der international-europäischen Armutsproblematik**, die u.a. durch die Öffnung der Grenzen nun auch bei uns sichtbar wird und an die wir uns werden gewöhnen müssen, so lange sie nicht in den Herkunftsländern behoben wird.

#### Statistik Notschlafstelle

	KlientInnen		Übernachtungen		durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Nächten	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012
<b>Übernachtungen insgesamt</b>	<b>222</b>	207	<b>2.525</b>	2.480	<b>11,4</b>	12,0
davon männliche Klienten	<b>184</b>	179	<b>2.279</b>	2.234	<b>12,4</b>	12,5
davon weibliche Klientinnen	<b>38</b>	28	<b>246</b>	246	<b>6,5</b>	8,8
<b>Durchschnittsalter in Jahren</b>	<b>38,2</b>	38,6				

Nächtigungsdauer	KlientInnen		%	
	2013	2012	2013	2012
bis 4 Nächte (Kurzaufenthalte)	<b>138</b>	118	<b>62,2%</b>	53,2%
5 bis 28 Nächte	<b>64</b>	67	<b>28,8%</b>	30,2%
29 bis 50 Nächte	<b>7</b>	12	<b>3,2%</b>	5,4%
mehr als 50 Nächte	<b>13</b>	10	<b>5,9%</b>	4,5%



### Treffpunkt Neuer Höchststand auch im Treffpunkt – restriktivere Handhabung bei der Vergabe von Meldeadressen

Auch im **Treffpunkt** hatten wir mit 46,4 Besuchen pro Tag eine erhebliche Zunahme gegenüber dem Vorjahr (41,0). Damit wurde sogar der **bisherige Höchststand aus dem Jahr 2003 knapp übertroffen**.

Dies passt in den Trend wieder steigender Besuchszahlen seit 2009. Allerdings ist dieser Trend weniger eindeutig als in der Notschlafstelle. 2013 dürfte für den sprunghaften Anstieg auch der lange Winter mitverantwortlich sein: Die höchsten Besuchszahlen lagen in der ersten Jahreshälfte. Aber auch unter diesen Vorzeichen bleibt der Besuch im Treffpunkt auf einem hohen Niveau.

Ein bedeutsames Problem entwickelte sich um die Jahreswende zu 2014: Der Treffpunkt hatte in Kooperation mit dem Meldeamt der Landeshauptstadt Bregenz im letzten Jahr zeitweise bis zu **90 Meldeadressen an wohnungslose Menschen** ausgegeben (sog. Hauptwohnsitzbestätigungen für Obdachlose). Dann leitete die Landeshauptstadt unter Berufung auf das Meldegesetz einen **restriktiveren Kurs** bei der Vergabe der Meldeadressen ein. In der Tat steht laut Meldegesetz eine solche Hauptwohnsitzbestätigung nur „obdachlosen“ Menschen zu. Als „obdachlos“ im Sinne des Gesetzes gelten nur Menschen, die tatsächlich voll und ganz auf der Straße leben. Durch das Rost fallen so diejenigen, die keine feste Bleibe haben, mal hier, mal da wohnen bzw. nur zwischendurch auf der Straße. Das ist die überwiegende Realität wohnungsloser Menschen im Raum Bregenz. Aus einzelnen amtlichen Bescheiden des Meldeamtes, in die wir Einblick hatten, scheint es nun Aufgabe der wohnungslosen Menschen zu sein, einen Nachweis über ihre „Obdachlosigkeit“ beizubringen. Dies ist prinzipiell nicht möglich! Selbst wenn diese Handhabung rechtlich durch das Meldegesetz gedeckt wäre, geht sie völlig an der Lebensrealität wohnungsloser Menschen vorbei. Wir werden die Entwicklung sorgfältig beobachten.

Statistik Treffpunkt	Anzahl		durchschnittliche Besuche pro Tag	
	2013	2012	2013	2012
<b>Besuche an Werktagen insgesamt</b>	<b>11.315</b>	10.260	<b>46,4</b>	41,0
davon Besuche männlicher Klienten	<b>9.854</b>	8.969	<b>40,4</b>	35,9
davon Besuche weiblicher Klientinnen	<b>1.461</b>	1.266	<b>6,0</b>	5,1
Essensausgabe	<b>2.546</b>	3.725	<b>10,4</b>	14,9



## BETRIEBLICHE SOZIALARBEIT FÜR INTEGRA

### Mehr Beratungsbedarf im Erwachsenenbereich – mehr KlientInnen auch im Jugendbeschäftigungsprojekt

Einen kräftigen Schub gab es 2013 auch bei den Sozialberatungen für Langzeitarbeitslose, die bei *integra* beschäftigt waren. In Summe wurden dort von *dowas* 209 Menschen (plus 27,4 % gegenüber dem Vorjahr) unterstützt. Der Zuwachs machte sich in beiden Arbeitsbereichen gleichermaßen bemerkbar: Im Erwachsenenbereich stieg die Zahl der Beratenen um knapp 27 % auf nunmehr 151, in etwa gleichmäßig verteilt auf Männer und Frauen. Dort nahm auch die Zahl der geleisteten Beratungsstunden um 34 % zu. Im Jugendbeschäftigungsprojekt *WerkStadt* waren es 2013 mit 58 Jugendlichen rund 29 % mehr, davon aber nur 16 junge Frauen.

Das **Jugendbeschäftigungsprojekt** hat als sehr niederschwellige Anlaufstation qua Auftrag mit Jugendlichen zu tun, die keine Berufsausbildung oder Erfahrungen mit Erwerbstätigkeit haben und zudem mannigfaltige persönliche Schwierigkeiten mitbringen. Deshalb ist hier der Betreuungsaufwand auch deutlich höher als im Erwachsenenbereich – mit sehr guten Vermittlungserfolgen von über zwei Dritteln in Weiterqualifizierung, Ausbildung oder einen Job.

Auffällig war 2013 die gegenüber dem Vorjahr deutlich höhere Zahl von Beratungsfällen im **Erwachsenenbereich**. Dies scheint die Folge davon zu sein, dass das *AMS* mehr Langzeitarbeitslose zugewiesen hat, die komplexere Problemlagen aufwiesen und auch schwieriger zu vermitteln waren. Insgesamt hat sich das vor zwei Jahren veränderte Konzept der Zusammenarbeit zwischen der Personalentwicklung von *integra* und der von *dowas*-MitarbeiterInnen durchgeführten Sozialberatung gut eingespielt, bewährt und soll gemäß einem Beschluss der Gesellschafterversammlung der neuen Firma *integra Vorarlberg* auch künftig fortgesetzt werden.

Statistik Betriebliche Sozialarbeit (*integra*)

	KlientInnen		Beratungsstd.		Std./KlientIn	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012
<b>Beratungen im GBP</b>	<b>151</b>	119	<b>1.496,5</b>	1.117,0	<b>9,9</b>	9,4
davon für männliche Klienten	<b>76</b>	63	<b>834,0</b>	665,5	<b>11,0</b>	10,6
davon für weibliche Klientinnen	<b>75</b>	56	<b>662,5</b>	451,5	<b>8,8</b>	8,1
<b>Beratungen im Jugendprojekt</b>	<b>58</b>	45	<b>1.263,0</b>	1.377,0	<b>21,8</b>	30,6
davon für männliche Klienten	<b>42</b>	30	<b>965,0</b>	929,0	<b>23,0</b>	31,0
davon für weibliche Klientinnen	<b>16</b>	15	<b>298,0</b>	448,0	<b>18,6</b>	29,9

14

## INTEGRA VERSTÄRKT ENGAGEMENT

### Fusion von *Werkzeit* und *integra Regio Bodensee* zu *integra Vorarlberg*



Stefan Koch, Geschäftsführer

integra Vorarlberg  
 Konrad-Doppelmayr-Str. 13,  
 6922 Wolfurt  
 Tel.: 0664/420 67 95  
 (Stefan Koch)  
 Mail: stefan.koch@integra.or.at  
 Web: www.integra.or.at

Nach rund zwei Jahren intensiver Vorbereitungszeit war es im Herbst 2013 so weit. Die Fusion der *Werkzeit* und *integra – Arbeitsinitiative Regio Bodensee* zur **integra Vorarlberg** wurde umgesetzt. In einem breit angelegten Beteiligungsprozess war allen Entscheidungsträgern rasch klar, worin die Vorteile und der Nutzen dieser Weichenstellung liegen. In Hinblick auf die zukünftigen Herausforderungen sollen die Kräfte und Kompetenzen gebündelt werden, um Impulse zu setzen und neue Strukturen zu schaffen. Organisiert in den beiden **Fachbereichen Arbeit und Bildung** stehen nun an 19 Standorten in ganz Vorarlberg über 500 Arbeits- und Bildungsplätze zur Verfügung. Erste Synergien konnten bereits erschlossen werden.

### Inhaltliche Schwerpunkte der *integra Vorarlberg*

Integra hat zum Ziel, die gesellschaftlichen Armutstendenzen wirksam zu bekämpfen und die Lebenslage der Betroffenen zu verbessern. Einerseits werden Menschen über **Aktivierung, Arbeitstraining, Sozialbetreuung, Vermittlungsunterstützung** und **Qualifizierung** in Arbeit und Lohn gebracht, andererseits werden für Menschen ohne Jobchance **alternativen Strukturen** geschaffen. Besondere Zielgruppenschwerpunkte dabei sind so genannte „**Niedrigqualifizierte**“ bzw. „**BildungsabbrecherInnen**“, **Jugendliche am Übergang Schule zu Beruf**, Menschen mit **Migrationshintergrund, Ältere** und **Frauen**.

Ziel	Programme, Maßnahmen	Ausmaß
Verhinderung der Verfestigung der Arbeitslosigkeit/ Langzeitarbeitslosigkeit	Berufsfindung, gemeinnütziges Beschäftigungsprojekt	26%
dauerhafte Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen ohne Jobchance als Alternative/Schaffung neuer Strukturen	Beschäftigungsprogramm Perspektive 24, Jobs mit Perspektive	13%
Vermeidung der Jugendarbeitslosigkeit/Übergang Schule-Beruf	WerkStadt, Produktionsschulen, AusbildungsFit	29%
nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt/Beitrag zur Milderung des Fachkräftemangels über Qualifizierung	Lehrlinge, überbetriebliche Lehrausbildung (ÜAZ), Azubis, Stiftung, Metallqualifizierung	32%

### Rückblick 2013 (konzentriert auf den *integra* Fachbereich Arbeit)

Auch vor der Fusion entwickelten sich die Arbeitsprojekte sehr dynamisch. 2013 standen allein in den **Programmen der alten *integra Regio Bodensee* über 600 Menschen in einem Arbeitsverhältnis (+17%), der Umsatz stieg gegenüber 2012 um über 20%**. Gleich drei **neue Standorte** wurden eröffnet (Postpartnerschaft in Hard, Fahrradverleih Bregenz, Klostersgut Mehrerau) und neue Branchen als Geschäftsfelder erschlossen (Land- und Forstwirtschaft). **Rund ein Drittel der Beschäftigten konnten auf Jobs im Arbeitsmarkt vermittelt** werden, im **Jugendbereich** waren es **über zwei Drittel**. Angesichts des wirtschaftlichen Strukturwandels sind diese Ergebnisse durchaus positiv, individuell betrachtet aber unbefriedigend. Deshalb werden verstärkt Anstrengungen nötig sein, um **Alternativen** zu entwickeln, **die über das derzeit vorrangige Ziel der möglichst schnellen Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt hinausgehen**. Mit der Bündelung der Kräfte im Rahmen der *integra Vorarlberg* haben wir gute Voraussetzungen dafür geschaffen.

## SIE MÖCHTEN UNS UNTERSTÜTZEN?

Ob mit Geld, Waren oder Zeit: Wir freuen uns über Ihre Hilfe. Wir garantieren die strikte Verwendung der Mittel nach Ihrem Wunsch. Wenn Sie sich für unsere Arbeit interessieren, lernen Sie unsere Arbeit vor Ort kennen!

### • Geldspenden

Mit der Aktion „1 + 1“ ermöglichen Sie unseren Klienten ein warmes Mittagessen. Täglich kochen im Treffpunkt KlientInnen für andere KlientInnen. Eine Mahlzeit kostet etwa drei Euro, die Hälfte davon berappen unsere KlientInnen selbst, die andere Hälfte muss über Spenden aufgebracht werden. Im Jahr werden im Treffpunkt um die 3.000 Essen gekocht, dafür brauchen wir Spenden in Höhe von 4.500 Euro.

**Unser Konto: 0000-018036, Sparkasse Bregenz, BLZ 20601**

### • Sachspenden

Lebensmittel, Säfte, Drogerieartikel oder Leintücher können wir direkt in der Betreuung unserer KlientInnen einsetzen. Aber auch Gutscheine jeder Art, etwa für Büromaterial, Nahrungsmittel oder Benzin erleichtern unsere Arbeit.

### • Zeitspenden

Beispielsweise als Grafiker, Rechtsanwalt oder Programmierer sind einige Stunden Ihrer Zeit ein echtes Geschenk für *dowas*. Vor allem in Bereichen wie Sport oder Kultur sind Ihre Kenntnisse von großem Wert für die Freizeit-Aktivitäten unserer KlientInnen.

## SIE HABEN UNS UNTERSTÜTZT UND GEFÖRDERT

Dafür und für die gute Zusammenarbeit im Jahr 2013 bedanken wir uns bei

**Land Vorarlberg**



**Bezirkshauptmannschaft Bregenz**



**Landeshauptstadt Bregenz**



**Bundesministerium für Justiz**

